

theologians (Mbiti, Pobee, Oduyoye). The theological framework of the authors has played them tricks. From their theology of fulfilment they can deal with integration, not with the confrontation of the biblical heritage with the African wisdom. However, apart from these more academic problems, it is my conviction that this book will be of great help for pastors in their liturgical and catechetical work.

Nijmegen

Frans Wijsen

Hengsbach, Friedhelm / Emunds, Bernhard / Möhring-Hesse, Matthias: *Reformen fallen nicht vom Himmel. Was kommt nach dem Sozialwort der Kirchen?* Herder / Freiburg 1997; 239 S.

Friedhelm Hengsbach und seine Mitarbeiter gehörten von Anfang an zu denjenigen Sozialethikern in Deutschland, die das Projekt des Konsultationsprozesses zur Vorbereitung eines gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland energisch und kritisch förderten. Mit dem vorliegenden Band, an dem außer den drei (katholischen) Hauptautoren mit FRIEDERIKE WOLDT, ULRIKE WAGENER und JÜRGEN RINDERSPACHER auch drei Expert/inn/en aus dem Bereich der evangelischen Sozialethik mitgearbeitet haben, schalten sie sich in die Diskussion um die Wirkungsmöglichkeiten des Wortes »Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit« (1997) ein und unterziehen das Resultat des Konsultationsprozesses einer kritischen Lektüre.

Die Auseinandersetzung mit dem Text steht unter positivem Vorzeichen: Die Kirchen hätten zu einer neuen politischen Rolle gefunden, sie hätten begonnen, sich als Teil der pluralen und demokratischen Gesellschaft zu begreifen. Vier »Reformkorridore« für die Gesellschaft machen die Autoren in dem Papier aus: »die Kontrolle und Ergänzung staatlichen Handelns durch die Zivilgesellschaft; den strukturellen Umbau zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft; die sozialen Sicherungssysteme, die armutsfest zu machen sind; ein neues Arbeitsverständnis, durch das die Fixierung auf die Erwerbsarbeit aufgebrochen wird.« (Vorwort, 13f)

Primäres Ziel des Buches ist eine Lektüre des Gemeinsamen Wortes der Kirchen, die speziell dessen reformpolitische Ansätze und damit das politische Grundanliegen des Textes herausmodelliert. Dies geschieht zunächst in Form von 10 Thesen, die zugleich als Kritik der »Hinführung« des Kirchenpapiers dargeboten werden (I.). Anschließend wird der Entstehungsprozess des Gemeinsamen Wortes als Aufbruch zu einem neuem »politischen« Selbstverständnis der Kirchen rekapituliert (II.): Die Autoren markieren dessen Stellenwert, indem sie die Erinnerung unter die Stichworte »Ökumene«, »Beteiligung« und »Zivilgesellschaft« stellen (49).

Die folgenden Kapitel greifen verschiedene Perspektiven und Themen des Textes auf: FRIEDERIKE WOLDT, evangelische Pfarrerin in der Nähe von Dresden und Mitglied der Redaktionsgruppe zum Gemeinsamen Wort, problematisiert das »Ost-West-Schema«, das die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland prägt, und regt damit zu der Frage an, wie die differenzierende Darstellung der Probleme (etwa der Arbeitslosigkeit) im Gemeinsamen Wort in der Arbeit mit dem Text so aufzunehmen ist, dass die »tiefen Risse« (Gemeinsames Wort, 2), die das Land durchziehen, nicht noch zementiert werden (III.).

Weiterhin werden die Selbstthematization der Kirchen, das ethische Fundament (3. Kapitel des Kirchenwortes), das Politikverständnis und die Rolle der Kirchen als Wirtschaftssubjekte unter die Lupe genommen (IV.). Positiv wird hervorgehoben, dass das Gemeinsame Wort den Versuch einer ökumenisch-gemeinsamen theologischen Fundierung der Sozialethik vorlegt. Dem Ergebnis dieses Versuchs können die Autoren dann aber nicht mehr viel Gutes abgewinnen – ein »ethischer Auflauf« sei es geworden (87), das Leitmotiv des Erbarmens sei ein »Fehlgriff« (88). Tatsächlich merkt man dem Kapitel an, dass es aus sehr unterschiedlichen Quellen gespeist ist, dass verschiedene ethische Denkformen nur unzureichend miteinander vermittelt werden konnten. Das hier

vorgetragene Urteil aber scheint überzogen, weil von einer recht einseitigen Wahrnehmung geprägt, die vor allem an den Elementen Anstoß nimmt, die in einer Sozialethik katholischer Tradition fremd wirken müssen. Hier bleibt noch viel Arbeit auf allen Seiten. Insbesondere hat das Gemeinsame Wort deutlich gemacht, wie dringend überfällig eine weitergehende ökumenische Verständigung in der sozialetischen Grundlagenarbeit ist! Eine weitere Problemanzeige verbindet sich mit dem Politikbegriff des Gemeinsamen Wortes, dessen Uneindeutigkeit die Autoren genau analysieren und damit eine Zukunftsaufgabe kirchlicher Selbstverständigung markieren. »Ein weiter, zivilgesellschaftlicher Politikbegriff steht einem engen, staatsbezogenen Politikbegriff gegenüber« (91). In der Tat, die Kirchen haben sich ein Stück weit vorgewagt, was ihre eigene Verantwortung für die Mitgestaltung gesellschaftlicher Prozesse angeht, sie scheinen diesen Schritt aber hinter der Beteuerung zu »verstecken«, nicht selbst Politik machen, sondern Politik möglich machen zu wollen (vgl. Gemeinsames Wort, 4). Ein kritisches Echo erfahren – zu Recht – auch die Ausführungen des Papiers zur Rolle der Kirchen als Arbeitgeberinnen und Vermögensbesitzerinnen, die in der Tat wenig konkret und eher blass geblieben sind. Gleichwohl sind sie – einmal geschrieben und von den Kirchenleitungen verabschiedet – ein Stachel im Fleisch der Kirchen, der nicht ohne Wirkung bleiben wird.

Eine grundlegende (und sehr bedenkenswerte) Anfrage formuliert ULRIKE WAGENER, indem sie aus der Perspektive feministischer Kritik androzentrische Denkmuster des Kirchenwortes und entsprechende hierarchische Dichotomien aufspürt, die freilich nicht nur das Papier der Kirchen, sondern das politische Denken in unserer Gesellschaft weithin prägen: insbesondere die zwischen Wirtschaft und Sozialem (bei Überordnung der Ökonomie) mit ihren weitreichenden Folgen, etwa für die Bewertung von Arbeit in unserer Gesellschaft (V.). Die nachfolgenden Kapitel zum Recht auf Arbeit (VI.), zu Perspektiven der Sozialpolitik (VII.), zur Verteilungspolitik (VIII.), zur Zukunftsfähigkeit (IX., von JÜRGEN RINDERSPACHER) und zur Globalisierung (X.) gehen jeweils weit über eine Diskussion der einschlägigen Passagen und Aussagen des Gemeinsamen Wortes hinaus und stellen eher eigenständige Diskussionsbeiträge zu den Sachfragen dar, auf die im Rahmen dieser Besprechung nicht eigens eingegangen werden kann.

Demgegenüber nimmt das Schlusskapitel (XI.) die zu Beginn des Buches eröffnete Perspektive, das Gemeinsame Wort unter seinen reformpolitischen Implikationen zu lesen, explizit wieder auf und versucht eine Einordnung dieses Impulses der Kirchen in die politische (auch parteipolitische) Landschaft der Bundesrepublik. Indem die Zielrichtung des Textes noch einmal umschrieben wird, macht die Skizze darüber hinaus deutlich, worin die politische Aufgabe der Kirchen in dieser Gesellschaft vor allem besteht: »Mit dem Konsultationsprozess und dem Sozialwort haben sich die bundesdeutschen Kirchen ... ansatzweise auf die Erfahrungen derjenigen eingelassen, die man mit den biblischen Schriften die Armen nennen muß. Und das mit großem Ernst. ... Erst im Widerstand gegen gesellschaftliche Spaltungsprozesse antizipieren Christen und ihre Kirchen die vom göttlichen Heil erhoffte geschwisterliche Gemeinschaft aller Menschen und die verkündigte Gottesherrschaft. ... Mit ihrem Sozialwort haben die Kirchenleitungen in diese Richtung ein gutes Vorbild gegeben. ... Der Text spricht aus, was in der deutschen Standortdebatte allzu gerne verschwiegen wird. Einen derart unbequemen Beitrag haben viele Zeitgenossinnen und -genossen von den Großkirchen nicht erwartet.« (230) Zu dieser Art von Unbequemlichkeit haben sich auch die Kirchen(leitungen) selbst nicht leicht durchgerungen. Dass es dazu gekommen ist und dass dies kein Strohhalm bleibt (wie nach dem bisherigen Rezeptionsprozess des Kirchenwortes mit aller gebotenen Vorsicht gehofft werden darf), ist nicht zuletzt einem kritischen Diskussionsprozess auch in den Kirchen selbst zu danken. Davon spiegelt dieser Band einiges wider, und als solcher ist er ein wichtiger Beitrag zur Wirkungsgeschichte des Kirchenwortes.

Bamberg

Marianne Heimbach-Steins